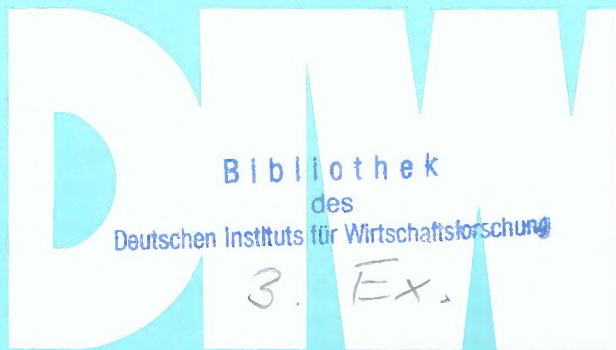




Perspektiven der Erwerbstätigkeit in Berlin	751
Auslastung des Produktionspotentials weiterhin auf niedrigem Niveau	757

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 44/94

Berlin

Bibliothek

3. November 1994

61. Jahrgang

Perspektiven der Erwerbstätigkeit in Berlin

In der Wirtschaft Berlins vollzieht sich seit der Wiedervereinigung ein tiefgreifender Strukturwandel. Diesen Richtung ist offenkundig: drastischer Rückgang der Industriebeschäftigung, Stärkung des Dienstleistungssektors. Tempo und Ausmaß dieser Entwicklung sind zwar nach wie vor schwer einzuschätzen, da weiterhin Unklarheit über die künftige Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen besteht. Inzwischen lassen aber Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung eine fundiertere Einschätzung der Ausgangslage und der ökonomischen Entwicklung Berlins zu¹. Bei einem Wirtschaftswachstum von jahresdurchschnittlich 3 vH und einem nur geringen Zuwachs der Einwohnerzahl wird die Beschäftigung bis zum Jahr 2000 voraussichtlich konstant bleiben. Erst danach erscheint im Zuge der Verlagerung des Regierungssitzes ein Beschäftigungsaufbau und ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit als möglich.

Ausgangslage

Berlin ist seit vier Jahren wiedervereint, und allmählich beginnen die beiden Stadthälften sich wirtschaftlich anzugleichen. Der Abbau nicht wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze scheint in Ostberlin alles in allem beendet zu sein. Nach umfangreichen investiven und konsumtiven Transfers nähert sich die Industriebeschäftigung einem vom Markt getragenen Niveau. Produktion und Absatz beginnen zu steigen. Eine Stabilisierung der Beschäftigung zeigt sich im Handel, in der Bauwirtschaft und bei den Dienstleistungen. Das Bruttoinlandsprodukt nahm 1992 gegenüber dem Vorjahr um 11 vH, 1993 um 2 vH zu. Die Zahl der im Ostteil Berlins Erwerbstätigen betrug 1993 im Jahresmittel 542 000, das war gut ein Drittel aller Erwerbstätigen in der Stadt. Sie erwirtschafteten jedoch nur knapp ein Fünftel (17 vH) der gesamten Wertschöpfung Berlins. Das Bruttoinlandsprodukt war mit 36 000 DM je Erwerbstätigen noch nicht einmal halb so hoch wie in Westberlin² (Tabelle 1).

Die Wirtschaft in Westberlin konnte vom Ende der Teilung zunächst kräftig profitieren. Die zusätzliche Nach-

frage stimulierte Produktion und Absatz noch stärker als in Westdeutschland und führte zu einem deutlichen Beschäftigungsaufbau, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Von 1989 bis 1992 nahm die Beschäftigung in Westberlin um 128 000 zu. Mit dem Auslaufen der vereinigungsbedingten Sonderkonjunktur gingen wirtschaftliche Leistung und Erwerbstätigkeit jedoch zurück: Das Bruttoinlandsprodukt sank 1993 gegenüber dem Vorjahr um 1,8 vH, die Zahl der Erwerbstätigen um 1,4 vH auf jahresdurchschnittlich 1 048 000.

Dieser Rückgang ist allerdings nicht allein konjunkturell bedingt, sondern spiegelt auch den strukturellen Anpassungsbedarf der Westberliner Wirtschaft wider. In der Indu-

¹ Vgl. auch Ökonomische und demographische Perspektiven der Wirtschaftsregion Berlin. Bearbeiter: Uwe Müller und Ingo Pfeiffer, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 27/90. — Eickelpasch, Alexander und Ingo Pfeiffer, Wirtschaftliche und demographische Perspektiven im Raum Berlin, in: Moser, Hubertus (Hrsg.), Berlin-Report, Wiesbaden 1992.

² Das Bruttoinlandsprodukt für Westberlin enthält allerdings auch Verbrauchsteuern, die die Leistungskraft stark überzeichnen.

Tabelle 1

Eckwerte der wirtschaftlichen Entwicklung Berlins 1992 bis 2005

	1992 ¹⁾			1993 ¹⁾			2000	2005
	Berlin insgesamt	West- Berlin	Ost- Berlin	Berlin insgesamt	West- Berlin	Ost- Berlin		
Bruttoinlandsprodukt ²⁾								
— in Mrd. DM	118,8	99,5	19,3	117,4	97,7	19,7	144	163
— in vH gegenüber Vorperiode	1,9	0,3	11,3	—1,2	—1,9	2,1	3,0	2,5
Erwerbstätige ³⁾								
— in 1 000	1 628,7	1 063,1	565,6	1 589,7	1 048,0	541,7	1 590	1 620
— in vH gegenüber Vorperiode	—2,9	2,6	—11,9	—2,4	—1,4	—4,2	0,0	0,5
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen								
— in DM	72 950	93 620	34 100	73 850	93 200	36 400	90 570	100 620
— in vH gegenüber Vorperiode	5,0	—2,3	26,0	1,2	—0,5	6,7	3,0	2,0

¹⁾ Vorläufige amtliche Ergebnisse und Schätzungen des DIW. — ²⁾ In Preisen von 1991. — ³⁾ Inlandskonzept.
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Schätzungen des DIW.

strie der Stadt dominierten hochsubventionierte Fertigungen, die sonst kaum mehr in Ballungs- und Hochlohngebieten angesiedelt sind. Die dauerhafte Subventionierung führte außerdem dazu, daß Unternehmen nicht immer auf Marktveränderungen reagierten. Mit dem abrupten Abbau der Absatzsubventionen, den Bodenwertsteigerungen im Stadtgebiet und dem wachsenden Angebot an Gewerbeflächen außerhalb Westberlins stieg die Zahl der Industrieunternehmen, die ihre Produktion in Westberlin ganz oder teilweise aufgegeben haben — sei es, daß Beschäftigung und Produktionsstätten in den Ostteil der Stadt oder ins nähere Umland verlagert, ganz aus der Region abgezogen oder mangels Wirtschaftlichkeit eingestellt wurden. Auch Banken, Versicherungen und die sonstigen unternehmensorientierten Dienstleistungszweige hatten wegen der ungünstigen Struktur der heimischen Industrie, der Isolierung vom Umland und der großen Entfernung zu überregionalen Absatzmärkten nur sehr begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten. Diese Branchen zeigen allerdings inzwischen deutliche Beschäftigungszuwächse.

Gleichwohl ist die wirtschaftliche Situation insgesamt unbefriedigend. Dies spiegelt sich auch in der gestiegenen Arbeitslosigkeit. Im Durchschnitt des Jahres 1993 betrug die Arbeitslosenquote im Westteil 12,3 vH, im Ostteil Berlins 13,7 vH. Ein wachsender Pendlerstrom aus dem Umland signalisiert dabei den zunehmenden Erfolg Auswärtiger bei der Arbeitsplatzkonkurrenz³⁾.

Der Strukturwandel in der Wirtschaft Berlins ist offenkundig noch nicht abgeschlossen. Sein künftiges Tempo und Ausmaß sind indes schwer einzuschätzen, da auch die für eine Vorausschätzung wesentlichen Faktoren schwer kalkulierbar sind. Dies gilt für die Wachstumschancen der deutschen Wirtschaft, aber auch für das Tempo des wirt-

schaftlichen Aufbaus in den neuen Bundesländern sowie für die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung in Mittel- und Osteuropa. Die Entwicklung wichtiger regionaler Rahmenbedingungen ist ebenfalls ungewiß: Probleme bietet die Länderfusion von Berlin und Brandenburg, vor allem aber die Frage nach der Verwirklichung des Hauptstadtbeschlusses.

Gleichwohl ist der folgende Versuch, die künftige Wirtschaftsentwicklung Berlins zu skizzieren, besser fundiert als es frühere Einschätzungen des DIW sein konnten, da inzwischen differenziertere Daten über Produktion und Beschäftigung im Ostteil Berlins und in den neuen Bundesländern verfügbar sind. Allerdings ist auch diese Vorausschätzung notgedrungen überwiegend qualitativ ausgerichtet.

Perspektiven der künftigen Entwicklung

Rahmenbedingungen

Die Annahmen über die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Prognose wurden im Einklang mit anderen, derzeit verfügbaren Studien gesetzt. So wird erwartet, daß der wirtschaftliche Austausch innerhalb der Europäischen Union (EU) sowie zwischen der EU und anderen westeuropäischen Staaten zunehmen wird. Stärker freilich als der westeuropäische Integrationsprozeß werden die Veränderungen im Osten Europas die Entwicklung in Berlin bestimmen. Unterstellt wird, daß es mittelfri-

³⁾ Vgl. Struktur der Arbeitslosigkeit und ihre Veränderung in Berlin, Bearb.: Klaus-Peter Gaulke, in: Wochenbericht des DIW Nr. 32/94.

stig bereits Potentiale für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt⁴.

Neue Techniken werden die Arbeitswelt weiterhin nachhaltig verändern: Bio- und Gentechnologie, neue Werkstoffe, Optoelektronik, Magneto-optik, Mikromechanik, Mikrosensorik führen zu neuen Produkten, neuen Produktionsverfahren und letztlich zu Verlagerungen der Tätigkeitsstrukturen. Die Bedeutung der industriellen Produktionsplätze nimmt ab, die der Dienstleistungen im weitesten Sinne zu.

Wegen der neuen technischen Möglichkeiten und des Kostendrucks wird es zu Veränderungen bei der Organisation der Arbeit kommen. Zu erwarten sind eine stärkere Dezentralisierung und eine Steigerung des Autonomiegrades einzelner Unternehmensbereiche. Daraus ergeben sich zusätzliche Möglichkeiten bei der Standortwahl von Unternehmen⁵. Schließlich wird es zu mehr Arbeitszeitflexibilität und Teilzeitarbeit kommen.

Für Westdeutschland wird für die Zeit von 1992 bis zur Jahrtausendwende eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von jahresdurchschnittlich knapp 2 vH angenommen⁶. In den neuen Bundesländern ist das Bruttoinlandsprodukt 1992 und 1993 stark gestiegen. Allerdings lag die Pro-Kopf-Produktivität 1993 nur bei gut 40 vH des westdeutschen Niveaus. Bis zum Ende des Jahrzehnts wird sich der Aufholprozeß in Ostdeutschland deutlich beschleunigen. Die Beseitigung der Entwicklungshemmnisse — Infrastrukturdefizite, unzureichender Wohnwert, ungeklärte Eigentumsverhältnisse — wird schnelle Fortschritte machen, die Attraktivität des Standortes Ostdeutschland wird spürbar zunehmen. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts wird im Zeitraum von 1993 bis 2000 jahresdurchschnittlich 6 bis 10 vH betragen. Die Entwicklung der Produktivität wird sich ebenfalls in diesem Rahmen bewegen.

Entwicklungsbedingungen Berlins

Berlin ist in dieses Entwicklungsszenario eingebettet. Das wirtschaftliche Wachstum der Stadt ist allerdings nicht nur lediglich Resultat eines „gewichteten Durchschnitts“ der Wachstumsannahmen für West- und Ostdeutschland. Einiges spricht dafür, daß die Stadt aufgrund ihrer Standortgunst längerfristig zusätzliche Wachstumspotentiale erhalten und nutzen wird. Die Bedingungen dafür sind:

- Berlin profitiert stark von dem Aufbauprozeß in Ostdeutschland. Die Region Berlin ist der größte Ballungsraum Ostdeutschlands und damit ein beachtlicher Absatzmarkt. Dies sichert ihr auf Dauer erhebliche Bedeutung auch als Produktionsstandort.
- Berlin entwickelt sich zu einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt in Ostdeutschland. Im Zuge des Ausbaus der ostdeutschen Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, des Beitritts der skandinavischen Länder zur EU und der Annäherung osteuropäischer Staaten an

die EU werden die Verkehrsströme stark wachsen und ihren Weg zumeist über Berlin nehmen.

- Berlin hat ein breit gefächertes Angebot an Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Die Stadt bietet damit vielfältige Möglichkeiten der Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wurden allerdings bisher noch nicht optimal genutzt. Eine stärkere Vernetzung dieser Innovationspotentiale ist eingeleitet und wird die Wettbewerbsfähigkeit der Region steigern.
- Berlin wird als Regierungssitz der Bundesrepublik politisch aufgewertet. Dies wird der Stadt und ihrem Umland spürbare Entwicklungsimpulse vermitteln. Die direkten Beschäftigungseffekte des Umzugs sind gering, auch wegen der geplanten Auslagerung von Bundesbehörden, die derzeit noch in Berlin beheimatet sind. Die indirekten Effekte sind um so größer: Botschaften, Parteizentralen und Interessenvertretungen werden nach Berlin kommen und damit zur Expansion des Dienstleistungsbereichs beitragen. Schließlich wird die Stadt auch aus Sicht des Auslandes an Bedeutung zunehmen und in der Standortgunst potentieller Investoren gewinnen.

Sektorale Entwicklungsperspektiven

Zu den besonders expansiven Bereichen der Berliner Wirtschaft wird weiterhin der private Dienstleistungssektor gehören. Dies gilt für die überwiegend konsumorientierten Dienstleistungen wie Hotels und Gaststätten, sowie für Banken und Versicherungen. Die Medienwirtschaft dürfte ihre Position ebenfalls ausbauen. Gute Wachstumschancen haben aber auch die vorwiegend produktionsnahen Dienstleistungen, namentlich Finanzdienstleistungen, Software, Marketing, Werbung, Wirtschaftsberatung, Rechtsberatung, Ingenieurleistungen, Leasing, Aus- und Weiterbildung, Messe- und Kongreßwesen. Zu beachten ist allerdings zweierlei: Einmal hängt das Wachstum der produktionsnahen Dienstleistungen auch von der Nachfrage der in der Region ansässigen Industrieunternehmen ab. Zum anderen hat sich in Westdeutschland bei den bedeutenden überregionalen Dienstleistungen eine stabile polyzentrische Struktur mit räumlichen Schwerpunkten herausgebildet. Eine rasche Spezialisierung Berlins auf bestimmte überregionale Dienstleistungen ist somit nicht

⁴ Vgl. Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas — Stand und Perspektiven, Bearb.: Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer, in: Wochenbericht des DIW Nr. 18/94.

⁵ Picot, Arnold, Erfordernisse und Aktionsspielräume moderner Organisationsstrukturen, in: Ring, Peter (Hrsg.), Industriestandort Berlin, Berlin 1992.

⁶ Vgl. auch Görzig, Bernd, Martin Gornig und Erika Schulz, Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000, Berlin 1994. In den Jahren 1980 bis 1990 lag die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate bei 2,2 vH, im Jahrzehnt davor bei 2,7 vH.

absehbar. Schließlich resultiert eine Zunahme an Dienstleistungsarbeitsplätzen auch aus der Ausgliederung von Dienstleistungsabteilungen aus Industrieunternehmen und aus der Privatisierung staatlicher Leistungen.

Die Bauwirtschaft gehört ebenfalls zu den Branchen, deren Perspektiven in der Region außerordentlich günstig sind. Große Investitionsvorhaben sind bereits begonnen oder geplant; nicht alles davon wird sich in den nächsten zehn Jahren realisieren lassen. In der vorliegenden Betrachtung wurde eine kurzfristige Ausweitung der Bauproduktion um 4 Mrd. DM unterstellt. Das entspricht einem Zuwachs um schätzungsweise 20 vH gegenüber dem Jahr 1993. Bei diesem Ansatz wurde berücksichtigt, daß nur ein Teil des angekündigten Investitionsvolumens für die Bauwirtschaft beschäftigungswirksam wird⁷. Hinzu kommt, daß bei anderen Investorengruppen, z.B. im verarbeitenden Gewerbe, die Nachfrage nach Bauleistungen allenfalls noch schwach wachsen dürfte.

Im öffentlichen Dienst in Berlin besteht ein Beschäftigungsüberhang, der abgebaut werden soll. Dies betrifft sowohl die Bezirks- als auch die Senatsverwaltungen. Im Rahmen einer Verwaltungsreform soll die Zahl der Bezirke verringert werden. Die Zusammenlegung der Länder Berlin und Brandenburg wird vorbereitet. Dies wird zu einem weiteren Abbau von Beschäftigung, teils durch Auslagerung aus dem Stadtgebiet, führen. Die Zahl der Bundesbeschäftigten wird nicht zwangsläufig zunehmen, da dem Zuzug von Regierungsbeamten ein Wegzug von Bundesbediensteten in nachgeordneten Behörden gegenübersteht. Unsicherheiten bestehen hinsichtlich der Zukunft der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, einem

der großen Arbeitgeber in der Stadt. Sollten die Pläne für eine Dezentralisierung des Versicherungsträgers verwirklicht werden, hätte dies einen hier noch nicht berücksichtigten erheblichen Beschäftigungsabbau zur Folge. Deutlich expandieren dürften dagegen Bereiche wie Interessenvertretungen und Verbände. Auch internationale Organisationen werden — nicht zuletzt wegen der Hauptstadtfunktion der Stadt — ihre Präsenz in Berlin verstärken.

Der Besatz mit Verkaufsstätten des Einzelhandels wird sich in der Region Berlin dem Niveau in anderen Ballungsräumen angleichen. Dabei werden die großflächigen Verkaufsstätten im Umland an Gewicht gewinnen, der Einzelhandel im Stadtgebiet vermutlich an Bedeutung verlieren. Der Großhandel dürfte im Zuge der steigenden Verkehrsleistungen expandieren.

Vergleichsweise ungünstig sind die Perspektiven für das verarbeitende Gewerbe im Stadtgebiet. Im Westteil der Stadt ist der Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze durch Verlagerung oder Produktionsaufgabe offenbar noch nicht beendet, wenn es auch erste Anzeichen für Strukturverbesserungen — Aufbau von unternehmensinternen Dienstleistungsarbeitsplätzen — gibt. Die Sanierung der Industrie im Ostteil der Stadt macht inzwischen erkennbare Fortschritte. Es gibt auch Hinweise auf ein stärkeres Engagement auswärtiger Großunternehmen. Zwar ist nicht zu erwarten, daß diese Unternehmen ihren Hauptsitz nach Berlin verlegen werden, doch werden sie die innerbetriebli-

⁷ Vorleistungen wie Baustoffe und technische Gebäudeausrüstungen werden überwiegend nicht aus der Stadt bezogen.

Tabelle 2

Einwohner und Arbeitnehmer in den fünf größten deutschen Städten

	Einwohner ¹⁾		Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer ¹⁾ insgesamt	Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer ²⁾ im verarbeitenden Gewerbe		
	in 1 000	je km ²)	in 1 000	in 1 000	in vH aller Arbeitnehmer	je 1 000 Einwohner
Berlin	3 454,2	3 885	1 344,1	239,5	17,8	69,3
Berlin-West	2 166,7	4 506	880,4	179,2	20,4	82,7
Berlin-Ost	1 287,5	3 163	463,7	60,3	13,0	46,8
Hamburg	1 675,2	2 218	783,0	143,2	18,3	85,5
München	1 241,3	3 998	689,0	152,1	22,1	122,5
Köln	958,6	2 366	443,2	100,5	22,7	104,8
Frankfurt/Main	660,8	2 661	487,4	98,5	20,2	149,1
nachrichtlich: Bundesgebiet (West)	64 847,0	259	23 122,5	7 928,4	34,3	122,3

¹⁾ Am 30. Juni 1992. — ²⁾ Am 30. Juni 1993.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin, Bundesanstalt für Arbeit, DIW.

Tabelle 3

Erwerbstätige¹⁾ nach Wirtschaftsbereichen in Berlin 1992, 1993, 2000 und 2005
Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	1992 ²⁾			1993 ²⁾			2000	2005
	Berlin insgesamt	West- Berlin	Ost- Berlin	Berlin insgesamt	West- Berlin	Ost- Berlin		
Land- und Forstwirtschaft	10,3	7,3	3,0	10,2	7,7	2,5	10	10
Produzierendes Gewerbe	444,0	298,9	145,1	411,2	280,5	130,7	390	385
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	24,1	13,0	11,1	22,5	12,5	10,0	20	15
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	278,6	204,2	74,4	244,7	185,0	59,7	205	195
Baugewerbe	141,3	81,7	59,6	144,0	83,0	61,0	165	175
Handel und Verkehr	328,9	214,9	114,0	315,5	211,8	103,7	290	290
Handel	199,8	138,7	61,1	191,0	134,0	57,0	170	170
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	129,1	76,2	52,9	124,5	77,8	46,7	120	120
Dienstleistungsunternehmen	394,1	268,8	125,3	405,6	277,7	127,9	470	510
Kreditinstitute,								
Versicherungsunternehmen	40,0	30,5	9,5	40,3	31,3	9,0	45	47
Sonstige Dienstleistungen ⁴⁾	354,1	238,3	115,8	365,3	246,4	118,9	425	463
Unternehmen zusammen	1 177,3	789,9	387,4	1 142,5	777,7	364,8	1 160	1 195
Staat, priv. Haushalte,								
priv. Organisationen o.E.	451,4	273,2	178,2	447,2	270,3	176,9	430	425
Staat	367,7	217,3	150,4	365,4	216,0	149,4	330	310
Private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck	83,7	55,9	27,8	81,8	54,3	27,5	100	115
Erwerbstätige insgesamt	1 628,7	1 063,1	565,5	1 589,7	1 048,0	541,7	1 590	1 620

1) Inlandskonzept. — 2) Vorläufige amtliche Ergebnisse und Schätzungen des DIW. — 3) Industrie und verarbeitendes Handwerk (einschließlich Reparaturbetriebe). — 4) Gastgewerbe, Heime, Wohnungsvermietung, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlage, Gesundheitswesen, produktionsnahe Dienstleistungen.
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Schätzungen des DIW.

chen Dienstleistungen in der Stadt hier kräftig ausbauen. Dem Gewinn an Arbeitsplätzen mit hohen Qualifikationsanforderungen in zentralen Unternehmensbereichen stehen allerdings Verluste in der Produktion durch Rationalisierung oder Verlagerung gegenüber. Insofern steht Berlin vor einem weiteren Bedeutungsverlust als Industriestandort. Daß dies nicht unbedingt großstadtypisch ist, zeigt ein Vergleich mit westdeutschen Großstädten. Schon heute ist der Besatz mit Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe je 1 000 Einwohner in Berlin mit 69 sehr viel geringer als in den größten Städten Westdeutschlands. Die entsprechenden Besatzziffern lauten für Hamburg 86, München 123, Köln 105 und Frankfurt 149 (Tabelle 2).

Die wirtschaftliche Leistung in Berlin wird unter diesen Bedingungen insgesamt gesehen stärker als in Westdeutschland und schwächer als in Ostdeutschland zunehmen. Für den Zeitraum 1993 bis 2000 ist ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 3 vH zu erwarten. Unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Pro-Kopf-Produktivität errechnet sich für das Jahr 2000 eine Beschäftigtenzahl von 1,6 Millionen. In den folgenden fünf

Jahren wird die Wirtschaft wegen des langsam nachlassenden Aufbauprozesses im Ostteil mit einer abgeschwächten Rate wachsen, die Beschäftigung dann aber erkennbar zunehmen. Die Beschäftigungsstruktur der Stadt wird sich spürbar verändern: Das verarbeitende Gewerbe wird gut ein Zehntel der Arbeitsplätze stellen, etwa soviel wie das Baugewerbe. Im Dienstleistungsgewerbe werden drei Zehntel aller Beschäftigung tätig sein (Tabelle 3).

Langfristig wird die Verflechtung Berlins mit dem Umland deutlich zunehmen und schließlich dem bekannten Verteilungsmuster von Stadtregionen entsprechen: Berliner werden im Umland arbeiten, Umlandbewohner in der Stadt. Das Ausmaß der künftigen Pendlerbewegungen kann allerdings nicht genau beziffert werden. Anzunehmen ist, daß das Volumen der Pendlerströme — nach dem Muster anderer Großstädte — in beiden Richtungen weiter zunehmen wird. Derzeit dürfte die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnsitz außerhalb der Stadt die Zahl der Auspendler um schätzungsweise 85 000 übersteigen. Alles in allem dürfte der Saldo leicht zurückgehen (Tabelle 4).

Tabelle 4

Erwerbstätige, Erwerbspersonen und Wohnbevölkerung in Berlin 1992, 1993, 2000 und 2005
Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	1992	1993	2000	2005
Erwerbstätige mit Arbeitsplatz in Berlin	1 628	1 590	1 590	1 620
Pendlersaldo ¹⁾	80 ²⁾	85 ²⁾	70	70
Erwerbstätige mit Wohnsitz in Berlin	1 548	1 505	1 520	1 550
Arbeitslose	207	204	200	180
Erwerbspersonen	1 755	1 709	1 720	1 730
Wohnbevölkerung ³⁾	3 466	3 475	3 600	3 650

¹⁾ Einpendler abzüglich Auspendler. — ²⁾ Einschließlich der Beschäftigten bei den alliierten Streitkräften. — ³⁾ Jahresende.
Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; Schätzungen des DIW.

Aus dieser Rechnung resultieren für das Jahr 2000 rund 1,5 Mill. Erwerbstätige mit Wohnsitz in Berlin. Die Wohnbevölkerung nimmt bis zum Jahr 2000 im wesentlichen durch Zuzüge aus dem Ausland um 125 000 Personen zu. Dabei sind spürbare Veränderungen im Altersaufbau zu erwarten, so daß die Zahl der Erwerbspersonen unverändert

bleibt. Dies gilt jedenfalls dann, wenn, wie hier unterstellt, keine Veränderung in der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung eintritt. Unter diesen Bedingungen wäre die Arbeitslosigkeit im Jahr 2000 weiterhin hoch. Erst für die Jahre danach ist mit einem Beschäftigungsaufbau und einer Entspannung am Arbeitsmarkt zu rechnen.

Auslastung des Produktionspotentials weiterhin auf niedrigem Niveau

Im Unternehmenssektor¹ Westdeutschlands wird die Produktion 1994 voraussichtlich um 2,5 vH zunehmen. Bei etwas niedrigerem Wachstum des Produktionspotentials wird sich der Auslastungsgrad leicht, auf 86 vH, erhöhen. Für das nächste Jahr ist ein Anstieg in der Auslastung des Produktionspotentials nur dann zu erwarten, wenn die Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung deutlich über 2 vH liegt.

In Ostdeutschland wird sich 1994 die Lücke zwischen Produktionspotential und effektiver Produktion im Vergleich zu den Vorjahren weiter verringern. Mit 78 vH liegt die Auslastung des Produktionspotentials aber immer noch um 8 Prozentpunkte unter dem rezessionsbedingt geringen Wert Westdeutschlands. Bei weiterhin expandierenden Investitionen und abnehmender Bedeutung der Verschrottungen wird 1994 erstmals seit der Vereinigung das Produktionspotential in Ostdeutschland wieder ausgeweitet. Der sich beschleunigende Potentialanstieg ermöglicht eine weiterhin kräftige Expansion der Produktion in Ostdeutschland.

Produktionspotential und Auslastung in Westdeutschland

Kräftige Zuwachsraten bei den Anlageinvestitionen führten Ende der achtziger Jahre in Westdeutschland zu einer Zunahme des Produktionspotentials, die mit 4,5 vH im Jahre 1991 einen vorläufigen Höchstwert erreichte (Tabelle 1). Ein Potentialwachstum dieser Größenordnung hat es zuletzt 1972 gegeben. Aufgrund des Nachfragedrucks im Gefolge der Vereinigung kam es trotz des steiler gewordenen Potentialpfades bei der Nutzung des Produktionspotentials zu starken Anspannungen. Der Auslastungsgrad im Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung) erreichte 1991 mit 92,8 vH einen Spitzenwert, der deutlich über den vorangegangenen Auslastungsmaxima in den letzten 20 Jahren lag. Bei dem im ersten Jahr der Vereinigung erreichten hohen Aktivitätsniveau der westdeutschen Wirtschaft war zu erwarten, daß schon ein geringfügig niedrigerer Produktionsanstieg zu beachtlichen Rückgängen im Auslastungsgrad führen mußte.

Vor diesem Hintergrund ist die kräftige Einschränkung der Investitionstätigkeit in den Folgejahren nicht überraschend. Selbst 1993 war aber das gegenüber 1991 um 13 vH niedrigere Investitionsniveau immer noch hoch genug, um nach Berücksichtigung der Verschrottungen den Kapitalbestand Westdeutschlands per Saldo zunehmen zu lassen. Die Wachstumsrate des Produktionspotentials verringerte sich daher nur langsam. Bei gleichzeitig kräftigem Rückgang der Produktion sank die Auslastung des Produktionspotentials bis 1993 auf 85 vH. Für 1994 ist mit einem Zuwachs beim Produktionspotential von gut 2 vH zu rechnen. Damit steigt es weniger als die Produktion. Der Auslastungsgrad wird mit 86 vH aber nur leicht über dem niedrigen Niveau vom Vorjahr liegen. Bei einer nur moderaten Zunahme der Investitionstätigkeit ist für 1995 mit einer nennenswerten Änderung des Wachstumspfad des Produktionspotentials nicht zu rechnen. Die Kapazitätsauslastung wird 1995 daher nur steigen, wenn die Wachstumsrate der Bruttowertschöpfung deutlich über 2 vH liegt.

Der Befund für 1994 unterscheidet sich wesentlich von der Einschätzung der Kapazitätsauslastung durch Unternehmen, die das Ifo-Institut regelmäßig erfragt. Danach lag die Kapazitätsauslastung zur Jahresmitte 1994 um fast 4 Prozentpunkte über dem entsprechenden Vorjahreswert. Allerdings sind die methodischen und abgrenzungsbedingten Unterschiede dieser Erhebung zu den DIW-Berechnungen erheblich. Das Ifo-Institut befragt alle drei Monate die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes (ohne Nahrungs- und Genußmittelunternehmen und Unternehmen der chemischen Industrie) nach dem Grad ihrer Kapazitätsauslastungen, gemessen an der betriebsüblichen Volllauslastung. Das DIW ermittelt dagegen das Produktionspotential im Rahmen eines produktionstheoretischen capital vintage- Modells für 50 Wirtschaftszweige des Unternehmensbereichs (ohne Wohnungsvermietung). In diese Rechnung gehen die durch die Investitionsentwicklung bestimmten Werte des Anlagevermögens ein sowie der modellmäßig errechnete Wert der potentiellen Kapitalproduktivität in den Wirtschaftszweigen. Dabei stützt sich das DIW auf die Jahresdaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Um die Ergebnisse beider Ansätze besser vergleichen zu können, sind die Jahreswerte des Produktionspotentials der DIW-Berechnungen für das verarbeitende Gewerbe mittels Interpolation der Wachstumsraten auf Vierteljahreswerte umgerechnet worden. Mit Hilfe der saisonbereinigten Werte der Wertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes lassen sich so vierteljährliche Auslastungsziffern ermitteln, die, auf den Durchschnittswert der Befragungsergebnisse normiert, diesen gegenübergestellt werden können. Das *Schaubild* zeigt, daß in der Vergangenheit beide Methoden ein insgesamt vergleichbares Bild der Auslastungssituation im verarbeitenden Gewerbe geliefert haben. Deutlich erkennbar sind aber auch Perioden, in denen die Einschätzung der Unternehmen bezüglich ihrer Kapazitätsauslastung anders ausfiel, als es sich aufgrund

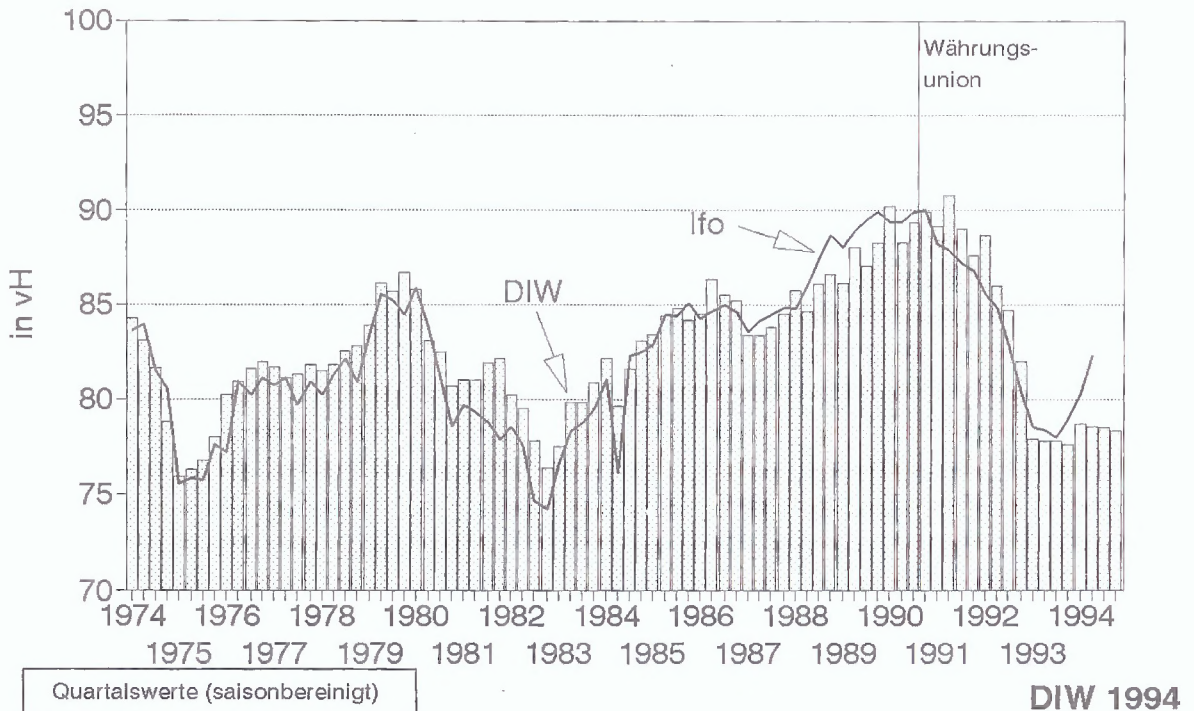
¹ Ohne Wohnungsvermietung.

Tabelle 1

Kennziffern zur Auslastung des Produktionspotentials in Westdeutschland
Unternehmen ohne Wohnungsvermietung

	Dimension	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994P)	1995P)
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾	Mrd. DM	247	254	244	232	243	244	256	267	277	293	315	346	372	366	324	322	333
Verschrottungen ¹⁾	Mrd. DM	115	120	128	132	138	147	151	154	159	163	171	175	179	184	188	192	197
Bruttoanlagevermögen ²⁾	Mrd. DM	3 758	3 891	4 016	4 124	4 227	4 328	4 429	4 538	4 654	4 778	4 915	5 073	5 254	5 442	5 601	5 733	5 866
Potentielle Kapitalproduktivität ³⁾	1 000 DM	463	459	453	447	441	435	430	424	419	414	411	411	415	417	418	418	416
Produktionspotential ²⁾	Mrd. DM	1 739	1 785	1 820	1 845	1 864	1 881	1 902	1 925	1 949	1 980	2 018	2 086	2 180	2 271	2 343	2 395	2 440
Bruttowertschöpfung	Mrd. DM	1 515	1 520	1 514	1 493	1 519	1 568	1 608	1 649	1 667	1 741	1 816	1 932	2 024	2 052	1 997	2 050	2 080
Auslastung des Produktionspotentials	vH	87,1	85,1	83,2	80,9	81,5	83,4	84,5	85,7	85,5	88,0	90,0	92,6	92,8	90,4	85,2	86	85
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr																		
Bruttoanlageinvestitionen	vH		2,9	−3,8	−5,3	5,0	0,3	4,8	4,6	3,8	5,7	7,5	9,9	7,3	−1,5	−11,5	−0,5	3,5
Verschrottungen	vH		4,6	6,5	3,5	4,2	6,8	2,3	2,3	3,1	3,0	4,7	2,3	2,1	2,7	2,3	2,2	2,3
Bruttoanlagevermögen	vH		3,5	3,2	2,7	2,5	2,4	2,3	2,5	2,6	2,7	2,9	3,2	3,6	3,6	2,9	2,4	2,3
Potentielle Kapitalproduktivität ⁴⁾	vH		−0,9	−1,2	−1,3	−1,4	−1,4	−1,2	−1,3	−1,3	−1,1	−0,9	0,2	0,9	0,6	0,3	−0,2	−0,4
Produktionspotential	vH		2,7	2,0	1,4	1,0	0,9	1,1	1,2	1,3	1,6	1,9	3,4	4,5	4,1	3,2	2,2	1,9
Bruttowertschöpfung	vH		0,3	−0,4	−1,4	1,8	3,2	2,5	2,6	1,1	4,4	4,3	6,4	4,7	1,4	−2,7	2,5	1,5
Auslastung des Produktionspotentials	vH		−2,3	−2,3	−2,7	0,7	2,3	1,4	1,4	−0,2	2,8	2,3	2,9	0,2	−2,6	−5,7	0,4	−0,4
P) Vorläufige Schätzung. — 1) Zu Preisen von 1991. — 2) Jahresdurchschnittswerte. — 3) Jahresdurchschnittliches Produktionspotential je 1000 Einheiten des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens.																		
Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes, Potentialrechnung des DIW, eigene Berechnungen.																		

Kapazitätsauslastung in Westdeutschland Verarbeitendes Gewerbe



der statistischen Datenlage und der produktionstheoretischen Überlegungen ermitteln läßt.

So zeigen die DIW-Berechnungen einen Anstieg der Kapazitätsauslastung um die Jahreswende 1981 und 1982, der in dieser Form aus den Befragungswerten nicht abzulesen ist. Tatsächlich gab es in dieser Periode eine vergleichsweise kurzfristige Steigerung der Produktionstätigkeit. Ähnlich war die Situation 1986. Aus der Sicht der Unternehmen wurden die Kapazitäten durch den vorübergehenden Produktionsanstieg nicht sonderlich belastet. Vergleicht man statt der Vierteljahreswerte die Jahresdurchschnittswerte der Auslastung, so sind Abweichungen zwischen den beiden Ansätzen indes kaum noch wahrnehmbar.

Deutlich unterscheiden sich die vierteljährlichen Ergebnisse auch für die Aufschwungsphase Ende der achtziger Jahre. Nach Einschätzung der befragten Unternehmen stieg die Auslastung früher und erreichte ihren Höhepunkt auch eher als nach den DIW-Berechnungen. Bemerkenswert daran ist, daß der Anstieg der Kapazitätsauslastung nach Einschätzung der Unternehmen gerade zum Zeitpunkt der Vereinigung mehr oder weniger beendet war.

Vergegenwärtigt man sich die kräftige Steigerungsrate der Produktion in dieser Zeit, so kann dieses Ergebnis wohl nur so interpretiert werden, daß die Unternehmen über

Kapazitätsreserven verfügten, die sie bei der Einschätzung ihrer Auslastung zunächst nicht berücksichtigt hatten. Im Zuge der kräftig steigenden Nachfrage wurden diese Reservekapazitäten in Betrieb genommen. Dabei hat es sich vor allem um die verstärkte Nutzung der Produktionsanlagen durch Sonderschichten und Überstundenarbeit gehandelt. Vereinigungsbedingte Sondereinflüsse sind auch in der DIW-Berechnung erfaßt. Die potentielle Kapitalproduktivität, die trendmäßig eher sinkt, ist in dieser Zeit vorübergehend gestiegen. Dies resultiert aus der starken Disaggregation des Ansatzes, wodurch strukturelle Verschiebungen, sowohl zwischen den Branchen als auch in der Altersstruktur des Anlagevermögens, berücksichtigt werden. Die DIW-Rechnung kann letztlich nur Einflüsse erfassen, die sich aus der Investitionsentwicklung ergeben, nicht jedoch Veränderungen des Produktionspotentials, die nichtinvestive Ursachen haben. Derartige Faktoren scheinen jedoch die Einschätzung durch die Unternehmen in dieser Zeit erheblich beeinflusst zu haben.

Eine durch Sonderfaktoren bedingte Anhebung der Kapazitätsgrenzen, die anschließend von den Unternehmen als betriebsüblich eingestuft worden ist, würde auch erklären, warum aus der Sicht der Unternehmen die Auslastung anschließend früher wieder zurückging, als die DIW-Berechnungen zeigen. Gegenwärtig liegen allerdings vergleichbare Sonderfaktoren wie die Vereinigung nicht vor.

Sehr viel schwieriger zu beurteilen ist daher der aus der Sicht der Unternehmen vergleichsweise kräftige Anstieg der Kapazitätsauslastung, der 1993 einsetzte und sich bis zur Mitte 1994 fortsetzte. Durch die tatsächliche Produktionsentwicklung würde diese Einschätzung nur zu stützen sein, wenn man von einem mit einer Rate von 2 bis 3 vH schrumpfenden Produktionspotential ausginge. Hierfür gibt es jedoch trotz des kräftigen Investitionsrückgangs im letzten Jahr keinen Beleg. Nach wie vor ist das Niveau der Investitionen, gemessen an den planmäßigen Verschrotungen, hoch. Per Saldo wächst das Anlagevermögen daher immer noch mit einer Rate von 2,4 vH.

Zu berücksichtigen ist allerdings auch, daß die Unternehmen vermehrt versuchen, ihre Produktion schlanker zu gestalten. Es könnte argumentiert werden, daß gerade infolge der Rezession Produktionsprozesse eingestellt und damit auch Kapazitäten vorzeitig stillgelegt worden sind. Für das einzelne Unternehmen mag eine derartige Auslagerung der Produktion zu einer Verringerung der Kapazitäten geführt haben und möglicherweise selbst für das verarbeitende Gewerbe insgesamt, nicht jedoch für den Unternehmensbereich als Ganzes, da andere Unternehmen die Produktion übernommen haben. Mit der schlankeren Produktion müßte insgesamt zudem eine Effizienzsteigerung verbunden gewesen sein, die, auf höhere Rentabilität der Produktion zielend, vor allem die Kapitalproduktivität begünstigt, so daß auch aus dieser Sicht von einem schrumpfenden Produktionspotential nicht die Rede sein dürfte.

Kapazitätsauslastung in Ostdeutschland

Nach wie vor schwierig einzuschätzen ist die Größe des Produktionspotentials in Ostdeutschland. Das liegt vor allem an Unsicherheiten bei der Einschätzung des Anlagevermögens und dessen Bedeutung für das Produktionspotential. Obwohl gegenwärtig in Ostdeutschland erhebliche Anlagenteile, die vor der Vereinigung entstanden, physisch noch vorhanden sind, kann für die Beurteilung des Produktionspotentials lediglich derjenige Teil von Interesse sein, der gegenwärtig rentabel einsetzbar ist. Unter Verwendung von DDR-Statistiken über die Grundmittelbestände, von Angaben der Treuhandanstalt und nach der Auswertung von Bilanzangaben ist vom DIW versucht worden, den Wert der rentabel einsetzbaren Anlagen zum Zeitpunkt der Vereinigung einzugrenzen². Danach dürften zu Beginn des Jahres 1991 im Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung) weniger als 500 Mrd. DM (Tabelle 2), davon rund 200 Mrd. DM im verarbeitenden Gewerbe, als „Altbestand“ aus DDR-Investitionen auch im Produktionsprozeß verwendbar gewesen sein. Derartige Schätzungen sind naturgemäß außerordentlich unsicher, da sie von der Beurteilung der Rentabilität der vorhandenen Anlagen abhängig sind. Hier wurde für die Berechnung des Anlagevermögens angenommen, daß nur jene Anlagen als rentabel einzustufen sind, bei denen die realen Lohnkosten durch das Produktionsergebnis je Arbeitskraft gedeckt werden³. Wegen des aus DDR-Zeiten stammenden physisch noch

vorhandenen Bestandes an Anlagen könnte der Wert für das ostdeutsche Anlagevermögen zwar höher sein, allerdings müßten dann auch Anlagen geringerer Rentabilität berücksichtigt werden. Diese weisen tendenziell auch eine niedrigere Kapitalproduktivität auf. Ihr Beitrag zum Produktionspotential ginge daher mit abnehmender Rentabilität zurück.

Inzwischen hat sich der seinerzeit ermittelte Altbestand wegen einer Vielzahl sich zum Teil ergänzender Faktoren erheblich reduziert. Mit dem kräftigen Anstieg der Löhne nach der Vereinigung wurden weitere Teile des Anlagenbestandes unrentabel, da die damit erstellten Produkte zu kostendeckenden Preisen nicht absetzbar waren. Angesichts des beispiellosen Umstrukturierungsprozesses der ostdeutschen Wirtschaft ist aber auch in Rechnung zu stellen, daß an sich moderne Anlagen nicht schnell genug an die veränderten Bedingungen angepaßt werden konnten, so daß sie aus dem Bestand ausgesondert werden mußten. Produktionsanlagen, die in einem größeren Produktionszusammenhang überlebensfähig gewesen wären, fanden für sich genommen keinen sinnvollen Einsatz. Unklarheiten bei der Privatisierung auch an sich rentabel einsetzbarer Anlagen führten zu längerfristig unzulänglicher Auslastung und damit letztendlich zur Aussonderung. In Teilbereichen wirkt sich auch die EU-Marktordnungspolitik aus.

Vor allem im verarbeitenden Gewerbe haben diese Faktoren zu einer erheblichen Verminderung des noch einsetzbaren Altbestandes von Anlagen geführt. Im Jahresdurchschnitt 1994 dürfte der Wert dieser Anlagen nur noch etwa 50 Mrd. DM (zu Preisen des Jahres 1991) betragen. Außerhalb des verarbeitenden Gewerbes ist der Aussonderungsprozeß zunächst geringer gewesen. Insbesondere im Handel und bei den Dienstleistungen wurde zu DDR-Zeiten nur wenig investiert. Die schon vorher bestehenden Kapazitätsengpässe vergrößerten sich nach der Vereinigung. Sie konnten jedoch anfangs gemildert werden durch die Verwendung von ungenutzten Kapazitäten aus dem industriellen Sektor und der ehemaligen Massenorganisationen. Seit aber ein kräftiger Investitionsprozeß im Gang ist, muß auch hier mit einer verstärkten Aussonderung solcher Anlagen gerechnet werden, die den Anforderungen moderner Produktionsprozesse in diesen Bereichen nicht entsprechen.

Bei dem großen Umfang ökonomisch ausgesonderter, physisch aber noch vorhandener Anlagen stellt sich die Frage, inwieweit diese bei der Berechnung des Produktionspotentials als eine Art „stand by capacities“ zu berücksichtigen sind. Vorstellbar ist, daß ein Teil der Anlagen

² Vgl. Bernd Görzig, Martin Gornig und Erika Schulz, Quantitative Szenarien zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000, Beiträge zur Strukturforschung, Heft 150, Berlin 1994, S. 55 ff.

³ Vgl. Frank Stille u.a., Strukturwandel im Prozeß der deutschen Vereinigung, Analyse der strukturellen Entwicklung, Strukturberichterstattung 1992, Beiträge zur Strukturforschung, Heft 130, Berlin 1992, S. 172 ff.

Tabelle 2

Determinanten der Kapazitätsauslastung in Ostdeutschland
Unternehmen ohne Wohnungsvermietung

	Dimension	1991	1992	1993	1994 ^P	1995 ^P
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾	Mrd. DM	61	75	85	94	102
Verschrottungen ¹⁾	Mrd. DM	59	92	46	44	43
Bruttoanlagevermögen ²⁾	Mrd. DM	478	470	481	526	580
Altanlagen	Mrd. DM	412	336	267	223	179
Neuanlagen	Mrd. DM	66	134	214	303	401
Potentielle Kapitalproduktivität ³⁾	1 000 DM	566	547	523	499	477
Produktionspotential ²⁾	Mrd. DM	270	257	252	262	277
Bruttowertschöpfung	Mrd. DM	159	176	189	205	223
Auslastung des Produktionspotentials	vH	59	68	75	78	81
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr						
Bruttoanlageinvestitionen	vH		23	14	10	9
Verschrottungen	vH		56	—50	—4	—2
Bruttoanlagevermögen	vH		—2	2	9	10
Potentielle Kapitalproduktivität	vH		—3	—4	—5	—4
Produktionspotential	vH		—5	—2	4	5
Bruttowertschöpfung	vH		10	8	9	9
Auslastung des Produktionspotentials	vH		16	10	4	3

^{P)} Vorläufige Schätzung. — ¹⁾ Zu Preisen von 1991. — ²⁾ Jahresdurchschnittswerte. — ³⁾ Jahresdurchschnittliches Produktionspotential je 1000 Einheiten des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens.
Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes, DiW-Anlagevermögensmodell Ostdeutschland, eigene Berechnungen.

durch Ergänzungsinvestitionen die Rentabilitätsschwelle wieder erreichen könnte. Insbesondere bei gegenwärtig ungenutzten Bauten, die wegen der Aussonderung unbrauchbar gewordener Ausrüstungen nicht mehr im herkömmlichen Produktionsprozeß einsetzbar sind, könnten moderne Ausrüstungsinvestitionen das Produktionspotential vergleichsweise schnell steigern helfen. Bisher wurden vor allem solche industriellen Bauwerke, die in unterschiedlichen Produktionsprozessen flexibel verwertbar sind, wie Bürobauten oder die in der DDR-Industrie vielfach erstellten Sozialgebäude, in anderen Wirtschaftszweigen, beispielsweise im Handel und im Dienstleistungssektor, genutzt.

Abgesehen davon ist ein Prozeß der Wiederverwendung vorhandener Bauten in größerem Umfang jedoch nicht in Gang gekommen. Die Struktur der seit der Vereinigung getätigten Investitionen weist eher in die umgekehrte Richtung. Da die zu DDR-Zeiten erstellten Bauten für moderne Produktionsprozesse vielfach unzureichend strukturiert sind und der Umbau nur in Ausnahmefällen kostengünstiger ausfallen würde, werden in Ostdeutschland, mehr noch als in Westdeutschland, Produktionsanlagen als zusam-

mengehörige Produktionskomplexe neu erstellt. In der Mehrzahl der Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes wie auch im gesamten Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung) liegt der Anteil der Bauten an den Anlageinvestitionen über den westdeutschen Vergleichszahlen.

Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, daß insbesondere im Zuge eines verstärkten Aufschwungs, in dem in Einzelfällen auch Kapazitätsengpässe im industriellen Sektor auftreten, auf zuvor ausgesonderte bauliche Anlagen zurückgegriffen wird. Bleiben diese „stand by capacities“ unberücksichtigt, so läßt sich unter Berücksichtigung der Sonderabgänge für den Jahresdurchschnitt 1994 ein „Altvermögen“ aus DDR-Zeiten ermitteln, das mit 220 Mrd. DM inzwischen nur noch 45 vH des gesamten Anlagenbestandes im Unternehmensbereich (ohne Wohnungsvermietung) ausmacht. Zusammen mit den seit der Vereinigung neu hinzu gekommenen Anlagen in Höhe von 300 Mrd. DM ergibt sich ein Wert für das gesamte Anlagevermögen von 520 Mrd. DM.

Auch bei der Einschätzung der potentiellen Kapitalproduktivität in Ostdeutschland muß die Struktur des Anlagen-

bestandes berücksichtigt werden. Für die neuen Anlagen ist dieser Wert eher niedriger als für den Durchschnitt Westdeutschlands, da dort im Bestand auch vergleichsweise alte Produktionsanlagen enthalten sind, die in weniger kapitalintensiven Produktionsprozessen eingesetzt werden. Als sehr viel weniger kapitalintensiv sind, insbesondere in den Wirtschaftszweigen außerhalb des verarbeitenden Gewerbes, die Altanlagen aus DDR-Zeiten einzuschätzen. Der Wert der potentiellen Kapitalproduktivität, der daher anfangs noch über den westdeutschen Vergleichswerten lag, nähert sich diesen mit abnehmender Bedeutung der Altanlagen.

In den ersten Jahren nach der Vereinigung ist das Produktionspotential in Ostdeutschland wegen der umfangreichen Aussonderungen stark rückläufig gewesen. Das geringe Produktionsniveau ließ dennoch nur eine Auslastung des Produktionspotentials von knapp 60 vH zu. Inzwischen geht die Aussonderungsquote zurück. Das kräftige Investitionswachstum hat zudem dafür gesorgt, daß nun das Anlagevermögen beschleunigt wächst. Für 1994 ist erstmals seit der Vereinigung wieder mit einer Zunahme

des Produktionspotentials in Ostdeutschland zu rechnen. Da die Produktion noch stärker zunimmt, wird die Auslastung des Produktionspotentials mit 78 vH zwar deutlich höher sein als im ersten Jahr nach der Vereinigung (59 vH), das rezessionsbedingt niedrige westdeutsche Niveau aber noch um 8 Prozentpunkte unterschreiten.

Beeinflußt wird die Höhe der Kapazitätsauslastung im gesamten Unternehmensbereich in starkem Maße von der vergleichsweise hohen Kapazitätsauslastung in den Branchen außerhalb des verarbeitenden Gewerbes, die dem internationalen Wettbewerb weniger ausgesetzt sind. In den Dienstleistungsbereichen vor allem ist der Umfang der zu DDR-Zeiten investierten Anlagen außerordentlich gering. Es sind in sehr viel geringerem Maße Anlagen ausgesondert worden, da diese zum Teil bis an die Kapazitätsgrenze genutzt wurden. Ihre Rentabilität war gesichert, weil die Löhne nicht überall so schnell an das westdeutsche Niveau angepaßt wurden. Im verarbeitenden Gewerbe dürfte der Auslastungsgrad 1994 dagegen um 10 bis 15 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt für den gesamten Unternehmensbereich liegen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hofmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henker.

Perspektiven der Erwerbstätigkeit in Berlin. Bearbeitet von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. —
Auslastung des Produktionspotentials weiterhin auf niedrigem Niveau. Bearbeitet von Bernd Görzig.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —